

Name	Adresse	Unterschrift	Vernetzung*
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	
_____	_____	_____	<input type="checkbox"/>
		eMail-Adresse	

Zur Unterzeichnung im Internet
www.demokratie-initiative21.de/petition-sk22

Einsenden an: **Demokratie-Initiative 21 Landesbüro Baden-Württemberg**
88147 Achberg, Humboldt-Haus, Panoramastr. 30

Die Petition für den Volksentscheid über die drei Alternativen S 21, K 21 und SK 2.2

Sehr geehrte Mitglieder des Landtags und der Landesregierung!

Der Landtag und die Landesregierung Baden-Württembergs mögen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Landessouverän noch in diesem Jahr durch eine Volksabstimmung über den Gegenstand des Bahnknotens Stuttgart demokratisch entscheiden kann. Dabei sollen folgende Bedingungen berücksichtigt werden:

1. Sollten drei Varianten zur Entscheidung kommen, wären dies:

- **A** die bisher von der DB Bahn geplante und von der Fa. SMA testierte und öffentlich im Schlichtungsverfahren diskutierte **Variante S 21**,
- **B** nach einer vom Aktionsbündnis noch zu erstellenden Vorlage die **Variante K 21** und schließlich
- **C** der »Kombinations«-Vorschlag **SK 2.2** [Geißler/SMA vom 29. Juli 2011], »Allianz für den Mittelweg«.

Die Verantwortung für die jeweilige Position hätten nach diesem Vorschlag die oben Genannten zu übernehmen. Jede Position sollte ihr Projekt bis zu einem von der Landesregierung zu bestimmenden Endtermin auch zurückziehen und nicht zur Abstimmung bringen können.

2. Als Bedingung für die Vorbereitung der Volksabstimmung sollte – gesetzlich geregelt – gelten, dass

- die Landesregierung 8 Wochen vor der Abstimmung allen Stimmberechtigten des Landes **ein Abstimmungsheft** zur Verfügung stellt, in welchem durch ihre Vertretungen in je gleichem Umfang die drei Positionen mit Begründung dargestellt werden
- und 6 Wochen vor der Volksabstimmung **in den großen Medien** des Landes [TV, Radio und Printpresse] – durch **VertreterInnen der drei Positionen** und DiskussteilnehmerInnen **das Pro und Contra** gleichberechtigt debattiert werden kann. Dafür soll **eine neutrale Mediatorengruppe** gebildet werden, der die Leitung der Debatten zu übertragen wäre. Über etwaige Beschwerden sollte **ein Schlichtungsrat** entscheiden.

Für die Demokratie-Initiative 21, Achberg, 6. August 2011

Wilfried Heidt, Gerhard Meister

Initiativkreis: Friederike Ewert, Jörg Ewert, Peter Frank, Wilfried Heidt, Wilfried Hüfler, Ines Kanka, Martin Koch, Bernhard H. Mayer, Gerhard Meister, Sabine Münzebrock, Elfriede Nehls, Uwe Scheibelhut, Roland Schell, Rolf Schiek, Peter Schlefsky, Gerhard Schuster, Loes Swart, Hermann Willanzheimer, Tassilo Seidl-Zellbrugg, Stefan Vey, Susanne Volland, Carmen Ziegler

Das »Stuttgarter Triptychon«

bringt auf seinen drei »Tafeln« den Zusammenhang zur Darstellung, wie es in der Entwicklung des Landes Baden-Württemberg zwischen 1952 und 2011 dazu gekommen ist, dass jetzt der Schritt in den Lebensraum einer *komplementären Demokratie* gemacht werden könnte, wenn die Mehrheit der Bürgerschaft es wollte. »Es ist an der Zeit« [Goethe].

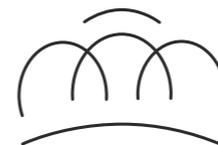
Als dreiteilige Faltkarte: A6 € 1.--, A5 € 1.50

Als Buch: 1. Tafel 100 Seiten € 10.--, 2. Tafel 90 Seiten € 9.--, 3. Tafel 70 Seiten € 7.--

Zu beziehen bei Demokratie-Initiative 21 oder im Buchhandel

Örtliche Kontaktadresse

Für Mitarbeit beim Netzwerknoten
 [Sammeln von Unterschriften, Verteilen von Informationsmaterial, Organisation von Veranstaltungen etc.]



Demokratie-Initiative 21

Landesbüro c/o Internationales Kulturzentrum Achberg
 88147 Achberg, Humboldt-Haus, Panoramastr. 30
 Tel. 08380-500, Fax –675

www.demokratie-initiative21.de

communication@demokratie-initiative21.de

Spendenkonto: Internationales Kulturzentrum Achberg e.V.
 Volksbank Allgäu-West, BLZ 650 920 10, KtoNr. 344 25 004

STUTTGARTER TRIPTYCHON

3. Tafel **EINE**
»Es ist an der Zeit« **PETITION**
ZU
S 21, K 21
& SK 2.2

Unterschriften für die
Volksabstimmung
über oben – unten
oder oben und unten

FÜR FRIEDEN



IN STUTT GART

DEMOKRATIE-INITIATIVE 21



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Baden-Württemberg, liebe Stimmberechtigte!

1. In unserem Land hat sich in den letzten Jahren – insbesondere in Stuttgart – im politischen Leben ein Vorgang abgespielt, den es so bisher auch bundesweit noch nicht gegeben hat. Schon seit den neunziger Jahren hat sich – lange mit wenig öffentlicher Aufmerksamkeit – um den Bahnknoten Stuttgart die Planung einer Neugestaltung entwickelt, die schließlich in ihrer letzten Phase zu einem massiven Konflikt geführt hat, in welchem sich die Befürworter des Projektes [S 21] und die Gegner [K 21] unversöhnlich gegenüberstanden. Stadt und Land wurden gespalten. Auf Straßen und Plätzen unserer Landeshauptstadt kam es bei Demonstrationen zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei. Schwerverletzte waren zu beklagen.

Der Schlichtungsprozess ...

2. In dieser Situation griff der damalige Ministerpräsident **Mappus/CDU** Anfang Oktober 2010 den Vorschlag des Oppositionsführers **Winfried Kretschmann/Die Grünen** zur Einrichtung einer sog. »Schlichtung« auf. Als »Schlichter« wurde **Heiner Geißler** vorgeschlagen. Beides stieß auch auf Zustimmung bei der Opposition. **Geißler** bekam freie Hand, den Prozess zu gestalten. Vereinbart wurde eine Art »runder Tisch«, an dem sich die Sprecher beider Seiten »auf Augenhöhe« versammeln sollten. Bei einem sog. »Faktencheck« sollte alles, was für die Urteilsbildung zur Sache erforderlich war, transparent »auf den Tisch« kommen, von Experten beider Seiten erläutert und in der Runde diskutiert werden. Als weiteres wichtiges Element hatte **Geißler** zur Bedingung gemacht, dass der gesamte Prozess öffentlich sein sollte. Der Sender Phoenix des öffentlich-rechtlichen Fernsehens übernahm es, den ganzen Vorgang für die interessierte Öffentlichkeit zu übertragen.

3. So geschah es. Es ist hier nicht der Ort, dieses Ereignis, das in der BRD erstmalig war und insofern den von **Geißler** gewählten Begriff, es handle sich dabei um etwas »Prototypisches« in der bisherigen Demokratieentwicklung hierzulande, rechtfertigte, im einzelnen zu kommentieren. Dass es bis zum letzten Akt am 29. Juli 2011 für alle Beteiligten – das kann man wohl sagen – ein einmaliger Lernprozess war, auch wenn es nicht gelang, die Kontroverse aufzulösen, darf man mit Fug und Recht der Fähigkeit **Geißlers** als Moderator anrechnen.

... und sein Finale: SK 2.2 – ein »Mittelweg«

4. Doch das festzustellen war dann noch nicht der Punkt auf's »i«: Denn wie zur Untermauerung seiner abschließenden Worte sagte der Moderator, er wolle sich aus dem Geschehen nicht verabschieden, ohne eine Idee ins Spiel gebracht zu haben, wie das scheinbar Unverbindbare – nämlich »S 21« und »K 21« – vielleicht doch zu verbinden und dergestalt **ein »Mittelweg«** sogar das »bessere« Konzept wäre. Er wolle, so **Geißler** am Freitag [29. 7.] kurz vor 18.00 h, die Debatte abschließend, zur Überraschung der Anwesenden im Raum und an den Bildschirmen einen »Kompromissvorschlag«¹ »zum Bedenken mit nach Hause geben«, denn die Verhärtung der Fronten lasse ihn mit Sorge auf die Auseinandersetzungen blicken, wenn es am 4. Dezember 2011, wie es die neue Koalition aus Grünen und SPD plant, zu einer Volksabstimmung kommen wird.

5. Leider wurde dann durch mediale Reaktionen die Aufmerksamkeit von dieser produktiven **Vermittlungsidee** weitgehend auf das letztlich belanglose Randproblem abgelenkt, dass **Heiner Geißler** zur Unterstreichung seiner Befürchtung eines bereits angekündigten »heißen Herbstes«, sicher überzeichnend, jene Sentenz genommen hatte, mit welcher **Goebbels** 1943 im Berliner Sportpalast seine Parteigenossen für den »totalen Krieg« aufhetzte. Die unsachliche Aufregung darüber mit der unterstellenden unsinnigen Frage, ob er denn damit die NS-Hetze »verharmlosen wolle«², hat dann die Befassung mit der Kombinationsidee tagelang verdrängt.

6. Wir wollen diese Idee daher jetzt umso nachdrücklicher in den Mittelpunkt unserer bürgerschaftlichen Initiative rücken. Und damit zugleich bewusst machen, dass **Heiner Geißler** mit seiner Anregung nicht nur zur Sache selbst eine weiterführende Perspektive eingeführt hat – auch wenn ähnliche Überlegungen bereits vor Jahren unter anderen Gesamtumständen schon einmal im Spiel gewesen sein mögen, dann aber anderen Interessen geopfert worden waren³ –, sondern vielmehr mit die-

¹ Diesen Vorschlag hat – ohne Honorar – von fachlicher Seite die Schweizer Firma SMA, die auch für die Bahn den sog. »Stresstest« bewertet hatte, skizziert; er ist durch die vorliegende Initiative aufgegriffen und als **Alternative C** Inhalt für die mit der Petition vorgeschlagene Volksabstimmung »Frieden für Stuttgart«.

² So, gezielt vorbereitet, als erster **Tobias Armbrüster** am 2. August um 8.10h in einem Interview mit **Heiner Geißler** im Deutschlandfunk

³ Siehe dazu auch im Anhang des Buches der Tafel 3, darauf Bezug nehmend, ein Interview des Leiters der SMA, Dipl. Ing. **Werner Stohler**

sem »Finale« von der traditionellen »Schlichter«-Funktion im Sinne der Ausgangsidee seines »prototypischen« Bemühens den Schritt gemacht hat zur Wahrnehmung der **Funktion eines Mediators**, der im gesamtgesellschaftlichen Verständigungsprozess die Sphären der ideellen und wertebezogenen Fragestellungen zusammenführt mit den wirtschaftlichen Interessen und monetären Erfordernissen bis hin zu den staatlich-politischen Entscheidungen und ihrer demokratischen Legitimierung.

7. An dieser Stelle nun greift, dies bedenkend, die **Demokratie-Initiative 21** in das Geschehen ein und macht darauf aufmerksam, dass wir in Baden-Württemberg – ausgehend und getragen vom Grundgesetz Art. 1 und 20 Abs. 2 – verfassungsrechtlich zwei Möglichkeiten haben, zu dieser Legitimierung zu kommen:

- Entweder wir überlassen, wie bisher alles, den zuständigen parlamentarischen Organen; dann würde das bedeuten, dass sich der Volkssouverän, wie bisher immer, aus dem Prozess der Legitimierung heraushält.

- Das aber entspräche immer weniger dem Interesse einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Sie wollen **Transparenz und Partizipation**; sie wollen mitdenken, mitsprechen, mitplanen, mitberaten, mitentscheiden. Das bedingt in allen Phasen dieses Prozesses auch die **Pflicht der Medien**, die Öffentlichkeit für die Zusammenhänge dieser demokratischen Aufgaben über die damit gegebenen Sachfragen zu informieren und die Diskussionen dazu zugänglich zu machen. Um dann aus der Zivilgesellschaft **außerparlamentarisch** nach Art. 59, 60 und 64,3 der Landesverfassung die Initiative zu ergreifen und **ein Volksbegehren zum Volksentscheid** [dreistufige Volksgesetzgebung] zu starten.

Auch für diesen Weg, der derzeit noch ganz unzulänglich geregelt ist und dringend einer Novellierung bedarf, wären dann die Mediationselemente, die **Heiner Geißler** prototypisch aktiviert hatte, ebenso nötig wie sie es jetzt waren, als sie für eine zeitgemäße Praxis **parlamentarischer** Vorgänge zum Einsatz kamen. Sie sollten verfassungsrechtlich normiert und wie die bereits bestehenden Elemente der plebiszitären Demokratie praxistauglich und bürgerschaftsfreundlich weiterentwickelt werden.⁴

Beide Wege könnten dann künftig korrespondieren und gemeinsam die Arbeitsweise einer komplementären Demokratie bilden wie sie ja in der Landesverfassung in Grundzügen bereits besteht aber dringend der Neufassung bedarf [s. FN 4].

⁴ Siehe dazu die 2. Tafel [Petition der Demokratie-Initiative 21 vom 1. 8. 2011]

Unterstützungsunterschriften

für eine Volksabstimmung über den Bahnknoten Stuttgart mit den drei Alternativen **S 21** [Tiefbahnhof nach dem Plan der Bahn], **K 21** [Kopfbahnhof nach der Forderung des Aktionsbündnisses] und **SK 2.2** [nach dem Vorschlag Geißler/SMA vom 29. 7. 2011]:

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift den Vorschlag der Demokratie-Initiative 21 zu den in der Petition beschriebenen Bedingungen, eine Volksabstimmung über die obigen drei Positionen durchzuführen.

Name	Adresse	Unterschrift	Vernetzung*
		<hr/>	<input type="checkbox"/> eMail-Adresse

* Alle diejenigen, die an ihrem Wohnort am Aufbau eines Netzwerks für die Vorbereitung der Volksabstimmung mitwirken wollen, sind gebeten, die vorgesehene Spalte anzukreuzen. Alles Nähere folgt. Bitte auch eMail-Adresse angeben.

